

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Ausgaben am Ende eines Jahres beschäftigten sich immer auch mit dem Rückblick auf die Aktivitäten der AG 60+ im HSK. In dieser Ausgabe ohne unsere Aktivitäten im Bundestagswahlkampf über die wir schon in der Nummer 4 berichtet haben.

CORONA HAT UNS NICHT ABHALTEN KÖNNEN

Trotz Corona haben wir uns, entweder per Zoom, im Freien oder unter 3G-Bedingungen in unserem Stammlokal in Meschede getroffen.

Sitzungen der AG 60plus in 2021

An den Sitzungen haben im Schnitt 13 Personen teilgenommen.

Datum	Ort/Form	Themenschwerpunkt
18.01.21	Digitalveranstaltung	Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser“
15.02.21	Digitalveranstaltung	Bundesparteitag
15.03.21	Digitalveranstaltung	Themen Bundestagswahl
17.05.21	Digitalveranstaltung	Besprechung Einsatz Bundestagswahl
21.06.21	Digitalveranstaltung	Klimawandel/Windkraft
20.07.21	Cafe Deimel, Olsberg	Ohne Thema - Klönen
21.08.21	Cafe Deimel, Olsberg	CO2 freies NRW
20.09.21	„Zum Pulverturm“	Bundestagswahl, weitere Einsätze
18.10.21	„Zum Pulverturm“	Bundestagswahlergebnis + Bericht von der Regionalkonferenz 60plus
15.11.21	„Zum Pulverturm“	Vorstellung Hubertus Weber, Landtagskandidat in Marsberg, Brilon, Olsberg, Winterberg und Meschede
20.12.21	Digitalveranstaltung	Vorstellung Frank Neuhaus, Landtagskandidat in Arnsberg, Sundern Eslohe und Schmallenberg

Wir trauern um Thomas Bakarar



Mit Thomas verlieren wir nicht nur ein Mitglied und einen Freund sondern unseren immer verlässlichen „Vereinswirt“. Seit die Familie Bakarar die Gaststätte „Zum Pulverturm“ in Meschede gekauft hat war die AG 60+ im HSK mindestens einmal pro Monat Gast bei Thomas in seiner Gaststube. Egal ob auf einer normalen Sitzung, einem gemeinschaftlichen Frühstück oder den jährlichen Weihnachtsfeiern, immer wurden wir freundlich empfangen und liebevoll um- und versorgt. Ein ganz herzliches Dankeschön dafür.

Thomas hat sich positiv in unseren Köpfen festgesetzt und wir werden uns deshalb mit Dankbarkeit immer an ihn und seine freundliche Art erinnern.

Ein CO₂ - freies NRW

die AG 60^{plus} hat sich auf Ihren Sitzungen am 21.06.21 und am 21.08.2021 mit dem Klimawandel und den Folgen für uns beschäftigt. Daraus ist folgender Antrag entstanden, über den am 20.12.21 auf der UB-Vorstandssitzung beraten und entschieden werden soll.

Der Antrag richtet sich an den Landesvorstand und die Landtagsfraktion zwecks Aufnahme in das Wahlprogramm für die Landtagswahl NRW 2022 und das Regierungsprogramm in 2022.

Antragstext:

Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes 2021 hat die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben verschärft und hat das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 darin verankert. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.

Auf Nordrhein-Westfalen mit seinen Braunkohlekraftwerken kommt bei diesem Ziel eine besondere, herausfordernde Aufgabe zu.

Einer der wesentlichen Punkte auf den Weg zur Klimaneutralität ist insgesamt die Frage wie unsere Energie erzeugt wird. Dabei werden die Frage der Windkraftanlagen und die Frage der Photovoltaikanlagen im Land die wesentlichsten Rollen spielen.

NRW sollte sich nicht nur in der administrativen Rolle sehen, sondern auch bei der praktischen Umsetzung der Klimaziele eine aktive Rolle übernehmen.

Es bedarf dabei auch anderer, neuerer Wege als die, die das Land NRW bisher beschritten hat.

Das Land sollte auch nicht warten bis alle Städte und Gemeinden im Land klimaneutral sind, sondern eigene Maßnahmen bei der Nutzung von Windkraft und Photovoltaik ins Auge fassen, die die Städte und Gemeinden auf ihren Weg in die Klimaneutralität unterstützen und entlasten

Photovoltaik

Die Installation von Photovoltaikanlagen ist, anders als bei den Windrädern, nicht umstritten und relativ leicht und schnell zu realisieren. Bei der Klimaneutralität muss und kann das Land eine neue wesentliche Rolle spielen. Neben den Änderungen der Landesbauordnung zur Verbesserung von Klimaschutz und Energiegewinnung sollte das Land mit gutem Beispiel voran gehen und auf allen landeseigenen Gebäuden Photovoltaikanlagen selber installieren bzw. die Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen vermieten/verpachten. Diese Maßnahme lässt sich relativ einfach gestalten, da alle landeseigenen Gebäude vom Landesbetrieb Bau – und Liegenschaftsbetrieb verwaltet werden. Über deren Daten ist relativ schnell ein Register mit die in Frage kommenden Gebäuden und deren Reihenfolge bei der Umsetzung der Photovoltaikanlagen zu erstellen.

Windkraftanlagen

Die Frage, ob Windräder aufgestellt werden sollen oder müssen, wird im Gegensatz zur Photovoltaik sehr kontrovers in den betroffenen Orten diskutiert.

Diese Diskussion ist nach den jetzt vorliegenden aktuellen Gerichtsurteilen in vielen Kommunen überflüssig geworden. Der Einfluss der Kommunen ist bei der Frage, wo der beste Aufstellplatz für Windkraftanlagen in ihrer Kommune ist massiv eingengt worden.

Auch bei dieser Frage muss das Land aktiv tätig werden. Das Land verfügt über viele große Waldflächen in der Eifel, dem Sauerland, dem bergischen Land und im Teuto-burger Wald, die durch den Borkenkäferbefall abgeholzt werden mussten. Diese Flächen eignen sich oft auf Grund ihrer Lage gut für die Errichtung von öffentlichen Wind- bzw. Bürgerwindparks.

Das Land muss die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass auf diesen Flächen, soweit sie geeignet sind, Windkraftanlagen im größeren Umfang errichtet werden können.

Auch in diesem Fall kann ein Landesbetrieb, nämlich Wald und Holz, die erforderlichen Daten über mögliche geeignete Flächen zusammenstellen.

Vorrang bei der Errichtung von Windparks muss dabei der Bürgerwindpark haben, an dem sich neben Kommunen, Firmen und auch interessierte Bürger beteiligen können.

Finanzierung

Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann/sollte neben dem eigentlichen Landeshaushalt erfolgen. Dazu sind verschiedenen Möglichkeiten wie z.B. die Gründung einer „Landes GmbH erneuerbare Energien“ zu prüfen.

Zur Finanzierung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass eine Geschäfts- bzw. Rechtsform gewählt wird, die eine finanzielle Beteiligung vom Land, von Firmen und von Privatpersonen ermöglicht.

Lob für den Einsatz beim Bundestagswahlkampf

Peter Steglich und Winfred Kremer, die unsere AG60plus als Delegierte auf der Regionalkonferenz Westliches-Westfalen vertreten haben, konnten von einem Lob des Bundesvorsitzenden Lothar Binding für unseren Einsatz im Bundestagswahlkampf berichten. In seinem Grußwort lobte Lothar den Einsatz der AG 60plus im HSK. Lothar hat mit seiner BRD-Bustour vor der Bundestagswahl auch bei uns in Meschede einen Stop eingelegt. Dabei hat er unsere Aktivitäten hautnah selber erlebt.

Verstärkung bei ROTpur

Im Sommer und im Herbst konnte sich der Stammtisch (unter 2G Bedingungen) wieder treffen. Inzwischen hat die Runde Zuwachs bekommen. Marion Kaulmann und Ilona Pawlak sind dazu gekommen und haben der „Alten Männerrunde“ etwas frischen Wind eingehaucht.



Wer die politische Diskussion

liebt ist bei dieser Runde gut aufgehoben und jederzeit willkommen.

ROTpur trifft sich immer noch an jedem 3. Donnerstag im Monat in Brilon.

Wer kommen möchte, das muss nicht regelmäßig sein, nimmt bitte mit Ferdi Ross unter 0151-65954404 oder ross.bad-fredeburg@t-online.de Kontakt auf.

Allgemeine Pflicht zur Impfung gegen das Coronavirus

Die AG 60plus im HSK unterstützt uneingeschränkt die Initiative des Bundesvorstandes zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Coronavirus.

Die vierte Welle der Pandemie ist schon „eine Welle“ zu viel und eine fünfte Welle darf es auf keinen Fall geben.

Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft

„Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus plädiert für eine allgemeine Pflicht zur Impfung gegen das Coronavirus. Deshalb begrüßt der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus den Vorschlag von Olaf Scholz, in Einrichtungen, in denen besonders verwundbare oder verletzte Gruppen betreut werden, die Impfung verpflichtend zu machen und die Ausweitung dieser Regelung zu prüfen.



Die wahrscheinlich schlimmste Welle an Coronainfektionen rollt heran, weil sich etwa 30 Prozent erwachsener Menschen gegen die Impfung sperren, weil sie sich offensichtlich von falschen Informationen aus dem tiefsten Sumpf des Internets manipulieren und in die Irre lenken lassen. Diese 30 Prozent können offensichtlich mit ihrer Freiheit und Möglichkeit, sich und andere zu schützen, nicht verantwortungsgemäß umgehen. Die Freiheit von jedem von uns endet dort, wo die Freiheit anderer beginnt. Deshalb gibt es im Grundgesetz auch beide Seiten: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, ... das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ... soweit er nicht die Rechte anderer verletzt“. Es geht also auch um den Schutz des Lebens anderer Menschen. Und wer die Gefährdung anderer in Kauf nimmt, und sei es nur, indem Betten auf Intensivstationen in Folge von Leichtsinn und Fahrlässigkeit belegt werden, hat die Möglichkeiten seiner Freiheitsrechte falsch verstanden. So wird die Impfpflicht benötigt, um die Freiheitsrechte zu erhalten.

Die 30 Prozent Ungeimpften zwingen die anderen 70 Prozent in den Lockdown oder zu großen Einschränkungen, sie gefährden soziale Einrichtungen und die Kulturszene, führen zur Überlastung der Krankenhäuser und stören die wirtschaftliche Entwicklung und die sozial-ökologische Transformation.

Natürlich ist die allgemeine Impfpflicht kein Allheilmittel, aber die schlimmsten Folgen können vermieden werden. Selbst mit einer sofortigen Impfpflicht gibt es keine kurz-fristigen Erfolge – das zeigt schon, warum es ein Fehler war, die Impfpflicht nicht schon vor einem Jahr einzuführen, nachdem deutlich wurde, dass Appelle an die Vernunft nicht fruchten würden. Nun aber ist es höchste Zeit, um wenigstens die fünfte Welle glimpflich überstehen zu können. Und der nächste Winter kommt bestimmt.“

Impressum: Bundes-Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Lothar Binding

E-Mail: 60plus@spd.de

Weihnachtsfeier fällt im zweiten Jahr in Folge aus.

Die geplante Weihnachtfeier sollte in diesem Jahr auf Xavers Ranch in Vellinghausen stattfinden. So die Planung im Oktober. Wir haben nicht geahnt, dass uns einige Wochen später die vierte Welle kalt erwischt.

Wir haben in unserer Sitzung am 15.11.2021 beschlossen die Weihnachtsfeier abzusagen, weil aufgrund der steigenden Inzidenzen nicht alle Mitglieder an der Weihnachtsfeier teilnehmen wollten oder konnten.

Uns ist wichtig, dass kein Mitglied ausgegrenzt wird und wir werden deshalb eine Ersatzveranstaltung organisieren sobald Corona dies wieder zulässt.

Wir werden uns deshalb bis auf weiteres nicht mehr in „Präsenz“ treffen, sondern wieder digitale Treffen, mittels Zoom; veranstalten.

Wer Interesse an diesen digitalen Treffen hat, setzt sich bitte mit Irmgard Sander in Verbindung. Sie managt unsere digitalen Treffen und hilft auch gerne denen die noch keine Erfahrungen mit digitalen Treffen haben.

Irmgard Sander: 0151-17258030

Eine



und drei



Nach längeren Planungen hat es in diesem Jahr mit unserer Doppelkopfrunde geklappt. Angefangen haben wir nachdem die Beteiligten zweimal geimpft waren. Einmal im Monat treffen wir uns im Hotel Starke in Brilon, einem Haus mit langer SPD Tradition. Mal sehen wie das mit dem Kartenspiel unter Corona Bedingungen weiter geht. Aufhören werden wir nicht. Wer Lust hat mitzuspielen kann sich bei: Ferdi Ross – 0151-65954404 oder ross.bad-fredeburg@t-online.de melden.



AG 60^{plus} im HSK

Wir tagen wieder am:

20. Dezember 2021
um 15:00 Uhr

Landtagskandidat Frank Neuhaus stellt sich vor:
Zoomkonferenz

Irmgard Sander: dirk.wiese.wk@bundestag.de oder Handy 01511 7258030
Ferdinand Ross: ross.bad-fredeburg@t-online.de oder Handy 0151 65954404

Verantwortlich für den Inhalt:

Ferdinand Ross
Vorsitzender der AG 60^{plus}

Irmgard Sander
Stellv. Vorsitzende der AG 60^{plus}